

030

Januar 2013

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

Neue Studie:

Weltwirtschaftsforum warnt vor sozialer Spaltung

Wirtschaftliche Ungleichheit, Klimawandel, Wassermangel: Das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos weist in seinem jährlichen "World Risk Report" auf eine deutlich gestiegene Krisengefahr im neuen Jahr hin. Neben den weiter zunehmenden ökologischen Problemen gaben die rund tausend befragten Experten vor allem die weltweit immer extremeren Unterschiede bei den Einkommen als Ursache an. An zweiter Stelle nennen die Autoren die ebenfalls extremen Haushaltsungleichgewichte zwischen den Staaten nicht nur in Europa. Damit geben sie indirekt zahlreichen Kritikern der deutschen Politik recht, die sich bislang weigert, den Südeuropäern in dieser Frage entgegen zu kommen. Auf Platz drei und vier der WEF-Studie stehen der Klimawandel und in seiner Folge mögliche Dürren in einigen Weltregionen. Vor allem die Kombination aus Problemen im Wirtschafts- und Umweltbereich sei gefährlich, so die Experten: "Sind beide Systeme parallel Verwerfungen ausgesetzt, so könnte dies den 'perfekten globalen Sturm' auslösen mit potentiell verheerenden Folgen", hieß es. Die Ergebnisse sollen auf dem jährlichen Weltwirtschaftstreffen in Davos ausführlich diskutiert werden. → [Weiter...](#)

IG Metall-Jahresbilanz:

Durchsetzungsfähig, stabil und finanzstark

Nach der positiven Mitgliederentwicklung 2011 hat die IG Metall diese Entwicklung 2012 weiter steigern können. Die Gewerkschaft zählte Ende 2012 rund 18000 Mitglieder mehr als im Dezember 2011. Damit hat sich der positive Trend verstetigt. Insgesamt sind nun 2,264 Millionen

Menschen in der IG Metall organisiert. "Mitgliederstärke macht uns durchsetzungsfähig", kommentierte Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall. Dieser Rückhalt stärke die Durchsetzungsfähigkeit in den Betrieben, bei Tarifverhandlungen und in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Das sei eine gute Voraussetzung für die zahlreichen Herausforderungen des neuen Jahres. Insgesamt haben die Gewerkschaften im DGB in den letzten 12 Monaten 337.971 neue Mitglieder geworben und damit ihre Stärke halten können. → [Weiter...](#)

Krise in Europa:

Wirtschaftswissenschaftler fordern höhere Löhne

Die Rufe nach kräftigen und branchenübergreifenden Lohnsteigerungen in Deutschland und weiteren europäischen Ländern nehmen zu. In den letzten Wochen hatten sich bereits das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger für eine Abkehr von der so genannten "Austeritätspolitik" ausgesprochen. Nun hat auch das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung Berechnungen veröffentlicht, die nahelegen, dass die "Wirtschaftspolitik der EU-Staaten 2013 von einem wachstumsstimmenden auf einen wachstumsfördernden Kurs" umsteuern müssen, wenn die Krise im Euroraum bewältigt werden solle. Deutschlands Löhne sind im Vergleich zu Italien, Spanien und Frankreich seit Jahren zu niedrig und setzen so die Wirtschaft dieser Länder unter massiven Druck. "Die europäischen Regierungen haben jetzt zwei Jahre lang versucht, sich aus der Krise herauszusparen. Das hat nicht funktioniert, im Gegenteil: Immer mehr Länder rutschen in eine Rezession, und dabei wachsen ihre Staatsschulden weiter", so der Direktor des IMK, Gustav Horn. → [Weiter...](#)

030

Info-Teaser für Aktive



Zukunftsmanifest:

Aufstand der Jungpolitiker

Von der Bildungsmisere bis zur Ausbreitung prekärer Arbeit, vom Klimawandel bis zur Krise des Kapitalismus – die junge Generation wächst mit zahlreichen Altlasten auf, die "Zukunft klingt nach Katastrophe". Dieser Ansicht ist zumindest eine parteiübergreifende Gruppe elf junger Aktivistinnen und Politiker, die in einem "Zukunftsmanifest" einen grundlegenden Wandel in der Politik fordern. Man vertrete "eine Generation, die einen ausgebeuteten Planeten erbt, mit sozialer Ungerechtigkeit und gigantischen Schuldenbergen. Eine Generation, die an den Folgen eines kurzfristigen Finanzkapitalismus leidet und die Krise der europäischen Idee erlebt", heißt es in einem Aufruf in der Wochenzeitung "Die Zeit". Die Forderungen erstrecken sich von der Ausweitung demokratischer Mitsprache bis zu einer Reform des Bildungssystems, von fairen Löhnen bis zur wirksamen Kontrolle von Banken, von mehr Umweltschutz bis zur Revitalisierung der europäischen Idee. → [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Refugee-Camps:

Flüchtlingsproteste weiten sich aus

Was mit einem Protestmarsch von Flüchtlingen in Deutschland begann, weitet sich nun auf andere europäische Länder aus. Nach den Protestaktionen und einem Camp in Berlin protestieren nun auch Flüchtlinge in Wien und Den Haag gegen unmenschliche Behandlung durch die EU und ihre Mitglieder. Auch in Amsterdam, Budapest und an den Außengrenzen der EU kam es zu Protesten vor nationalen Parlamenten oder Besetzungen durch Flüchtlinge, oftmals gemeinsam mit Unterstützerinitiativen. Derzeit gibt es noch keine gemeinsamen Forderungen dieser Flüchtlingsbewegung auf europäischer Ebene, wenngleich die Anliegen in vielen Punkten übereinstimmen. Die Aktionen richten sich unter anderem gegen die Residenzpflicht, die Flüchtlingen verbietet, ihre Region oder gar ihren Aufenthaltsort zu verlassen, gegen den Zwang, über Jahre in krank machenden Isolationslagern leben zu müssen, gegen Arbeitsverbote, gegen Abschiebungen und für Schutz vor politischer Verfolgung. → [Weiter...](#)

Dresden nazifrei I:

Skandalurteil gegen Demonstranten

Nicht nur beim deutschen Verfassungsschutz drängt sich zuweilen der Verdacht auf, auf dem rechten Auge schlecht zu sehen – und auf der anderen Seite des politischen Spek-

trums dafür umso härter zuzuschlagen. Weil er bei der jährlichen Anti-Nazi-Demo in Dresden angeblich zum Durchbruch einer Polizeisperre aufgerufen haben soll, wurde der 36-jährige Tim H. vom Dresdner Amtsgericht zu knapp zwei Jahren Haft verurteilt, ohne Bewährung – und ohne stichhaltige Beweise. Ein verpixeltes Video reichte dem Schöffengericht für eine Verurteilung wegen Körperverletzung, besonders schweren Landfriedensbruchs und Beleidigung. Der Staatsanwaltschaft reicht auch das noch nicht, sie fordert zwei Jahre und sechs Monate und will Berufung einlegen. Das Bündnis "Dresden nazifrei" ruft unterdessen zu Spenden auf, um die Anwaltskosten für Tim's Verfahren begleichen zu können. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Dresden nazifrei II:

Auch 2013 kein Fußbreit den Nazis

Nachdem es in den letzten Jahren gelungen war, den Neonazi-Aufmarsch zum Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden durch Massenblockaden zu verhindern, plant das Aktionsbündnis "Dresden nazifrei" auch in diesem Jahr, die Aktion wieder mit massenhafter Beteiligung zu verhindern. Unter dem Motto "Nicht lange fackeln – Nazis blockieren" wird neben der eigentlichen Blockade auch ein "Täterspurenmahnweg" stattfinden, der einen "Kontrapunkt zur inakzeptablen Erinnerungskultur der Stadt Dresden setzen" will. Nach dem skandalösen Urteil gegen einen Demo-Teilnehmer des letzten Jahres gab es in Dresden bereits in den letzten Wochen mehrere Demonstrationen gegen rechtes Gedankengut. Das Bündnis "Dresden nazifrei" ist ein Zusammenschluss von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen, an dem neben anderen Gewerkschaften auch die IG Metall Jugend beteiligt ist. → [Weiter...](#)

Hartz-IV-Widerstand:

"Mitläufer" gesucht

Zahllose Zeitungsartikel und Foren im Internet belegen: Hartz IV bedeutet nur selten Fördern, häufig Fordern und oft genug sinnlose Schikane von Arbeitslosen. Ein wenig Abhilfe kann oft schon durch eine Begleitung geschaffen werden, die den "Beratungsterminen" im Arbeitsamt beiwohnt und etwaige Entgleisungen der Behördenmitarbeiter bezeugen und dokumentieren kann. Die Initiative "Wir gehen mit" will dieser Idee bundesweit zum Durchbruch verhelfen und "Mitläufer" vermitteln, die Betroffenen beim Gang zum "Jobcenter" beistehen. Entstanden sei die Idee nach einem Zeitungsartikel des Geschäftsführers der Piratenpartei Johannes Ponader, in dem dieser erklärt hatte, angesichts der Praktiken der Behörde künftig auf Sozialleistungen zu verzichten. Rechtliche Grundlage ist ein Pas-

030

Info-Teaser für Aktive



sus im Sozialgesetzbuch, der es jedem Bezieher von Transferleistungen erlaubt, zu den angesetzten Terminen in Begleitung zu erscheinen. Initiator Till Riebeling geht es ausdrücklich nicht um eine "politische Demonstration" sondern um "soziale Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen in dieser Gesellschaft". → [Weiter...](#)

Junges Leben

#Aufschrei auf Twitter: Herrenwitze und ihre Folgen

Was zunächst ein Bericht einer "Stern"-Reporterin über einen 12 Monate zurück liegenden Anmachversuch von FDP-Mann Rainer Brüderle war, hat sich in wenigen Tagen zu einer Diskussion über alltäglichen Sexismus in Deutschland entwickelt, deren Ende noch lange nicht absehbar ist. Tausende Frauen berichten auf Twitter unter dem Hashtag "#Aufschrei" von mehr oder weniger alltäglichen Beleidigungen und Übergriffen, zahlreiche Zeitungen veröffentlichten Artikel zum Thema. Während Politiker aller Parteien für mehr Sensibilität eintraten, kommen aus der FDP bislang hauptsächlich Stimmen, die eine Kampagne gegen die vom Pech verfolgten Marktradikalen wittern. Ins Leben gerufen wurde das Hashtag von der Berlinerin Anne Wizorek, die bereits Aktionen wie den "Slutwalk Berlin" mit organisiert hatte. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Spielbergs neuer Film: Ode an die amerikanische Demokratie

Steven Spielberg ist bekannt für meisterhaft inszeniertes Hollywood-Kino, aktionsgeladen, romantisch und zumeist weltweit erfolgreich. Nun nimmt sich der Altmeister eines Themas an, das als Gründungsmythos der amerikanischen Nation gilt. Der Film "Lincoln" erzählt nicht die Lebensgeschichte des ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, sondern beschränkt sich auf einige Monate: Als Abraham Lincoln 1864 seine zweite Amtsperiode als Präsident antritt, wütet in den USA ein Bürgerkrieg. Lincoln will den Krieg beenden, die Nord- und Südstaaten versöhnen – und endlich die Sklaverei abschaffen. Mit seinen weit über hundert Sprechrollen und dem ehrgeizigen Anspruch, die politische Realität in jenem Jahr detailliert nachzuziehen, hätte "Lincoln" zum reinen Geschichtstheater geraten können. Doch das Gegenteil ist der Fall, der Film kommt nicht nur mit großer Leichtigkeit daher, er dürfte auch mit hierzulande altbekannten

Klischees über das politische System in den USA gründlich aufräumen, etwa wenn es um die Demokraten und Republikaner geht. Das Werk ist mit gleich zwölf Nominierungen, unter anderem als bester Film, klarer Favorit im diesjährigen Oscar-Rennen. → [Weiter...](#)

Neues Buch: "Emmely und die Folgen"

"Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen" – das schien sich wieder einmal zu bestätigen, als die Kassiererin Barbara Emme, genannt "Emmely", wegen angeblicher Unterschlagung eines Pfandbons im Wert von 1,30 Euro entlassen werden sollte. Nach zahlreichen gerichtlichen Auseinandersetzungen und mit Unterstützung der Gewerkschaft ver.di gab das Bundesarbeitsgericht in Erfurt der Berlinerin 2010 schließlich recht, ihr Arbeitgeber, die Supermarktkette Kaisers Tengelmann musste sie wieder einstellen. Gemeinsam mit ihren Anwälten hat Emme nun ein Buch geschrieben, das nicht nur die juristische Seite des Falls beleuchtet, sondern auch die enorme Solidarität reflektiert, die der Fall bundesweit hervorrief. "Bleibt wie ihr seid und lasst euch nicht verbiegen. Sagt immer offen eure Meinung und übt Solidarität mit euren Nächsten. Ihr bekommt es tausendfach zurück", macht Barbara Emme in ihrem Buch all denen Mut, die in einer ähnlichen Situation sind. → [Weiter...](#)

Am Ende

Das neue Dream-Team der FDP: Praktikant und Nuschelbär

"Jetzt geht's loos, jetzt geht's loos:" Nach dem Wahlerfolg in Niedersachsen und den Sexismus-Vorwürfen gegen den Spitzenmann der FDP ist klar: Die freien Demokraten sind endgültig auf der Siegerstraße und niemand kann das noch ändern. Brüderle weiss nämlich, wie man Wahlen gewinnt: Ein paar Weinprinzessinnen befummeln, ein paar Journalistinnen angrapschen und dann einfach alles aussitzen. Und am Ende auf Kosten des Koalitionspartners trotzdem noch irgendwie in die Regierung kommen. Rösler macht sich indes Hoffnung, sein derzeitiges Praktikum bis zum Herbst endlich abschließen zu können. Um dann endlich mal doch noch so richtig frischen Wind in die Partei zu bringen. Erste interne Papiere, die uns zugespielt wurden, wollen die Partei im Herbst nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag schnellstmöglich an die Börse bringen.

→ [Rainer hier, Rösler da](#)